

Partei der entsicherten Mitte

Entsolidarisierung, Rassismus, Wohlstandschauvinismus und Ungleichheitsideologien: über die AfD-Kernwähler

Eine nationalistische und rassistische Wendung von Unzufriedenheit und sozialen Ängsten hat in Deutschland traurige Tradition. Die Rechtspartei AfD ist auch dafür ein Beispiel.

Von Sebastian Friedrich

Die Gründe für den außerordentlichen Erfolg der AfD bei den Mittelschichten sind in den sozialen, ökonomischen und politischen Veränderungen der vergangenen Jahre zu suchen. Zahlreiche Studien belegen, dass die Mittelschicht schrumpft. Eine gemeinsam von der Bertelsmann-Stiftung, dem Deutschen Institut für Wirtschaft und der Universität Bremen im Jahr 2012 durchgeführte Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass seit 1997 der Anteil der Mittelschicht an der Gesamtgesellschaft von 65 auf 58 Prozent gesunken ist. Als Mittelschicht werden dabei diejenigen gefasst, die über 70 bis 150 Prozent des mittleren Einkommens verfügen.

Zugleich sind die unteren und untersten Einkommensschichten um fast vier Millionen Menschen angestiegen. An die Stelle der Aufstiegsmobilität trete zunehmend die Gefahr des sozialen Abstiegs, und die Sorgen um die wirtschaftliche Situation innerhalb der Mittelschicht hätten sich im Laufe der vergangenen zehn Jahre deutlich vergrößert.

Diese Entwicklung geht mit dem Ausbau prekärer Beschäftigungsverhältnisse – also befristete, niedrig entlohnte und von mangelnder rechtlicher Absicherung geprägte Lohnarbeit – einher, die nicht nur Teile der Arbeiterklasse betrifft. Dem französischen Soziologen Robert Castel zufolge existiert auch eine »gehobene Form von Prekarität« in Teilen der Mittelschicht, die gut bis sehr gut qualifiziert sind.

Das betrifft vor allem die Generation der heute unter 40-Jährigen. Die warme Stube der Baby-Boomer-Eltern dient noch als Orientierung, aber wird für immer weniger Menschen der nachfolgenden Generationen zur Lebensrealität. Das wärmende Gefühl sozialer Sicherheit weicht einer klammen Abstiegsangst, die – ob berechtigt oder nicht – immer weitere Teile der Mittelschicht erfasst. Der boomende und sozialstaatlich abgedeckte Kapitalismus, der für die Generation der Eltern noch Aufstiegschancen versprach, hat sich gewandelt in einen Krisenkapitalismus, von dem man sich nichts mehr erhofft, sondern der einen stets mit Abstieg oder gar Ausschluss bedroht.

Zur Abstiegsangst gesellte sich im Zuge der Krise zunehmend eine Ablehnung der gegenwärtigen Parteiendemokratie. Hier sind es ebenfalls vor allem Menschen unter 40, die sich durch die bestehenden Parteien immer weniger repräsentiert sehen. Die Abkehr von Parteiorganisationen und parlamentarischer Repräsentation verweist auf ein Phänomen, das Colin Crouch vor einigen Jahren als »Postdemokratie« beschrieben hat.

Dem britischen Politikwissenschaftler zufolge werden die demokratischen Institutionen zunehmend ausgehöhlt durch die Eliten der Wirtschaft, auf die sich die Macht in wachsendem Maße konzentriert. Die Kritik an den etablierten Parteien, der herrschenden Politik und in Teilen auch an den Medien kann als Reaktion auf Entwicklungen einer sich akapselnden Politikerklasse interpretiert werden. Diese treffe in nicht demokratisch legitimierten Gremien über Nacht weitreichende Entscheidungen, für die Jahre zuvor noch lange Parlamentsdebatten und gesellschaftliche Auseinandersetzungen notwendig gewesen wären. Stattdessen begründe die politische Klasse ihre Entscheidungen nur allzu gerne mit dem Verweis auf eine vermeintliche Alternativlosigkeit.

Der Verdross angesichts dieser postdemokratischen Entwicklung bleibt bei der Mittelschichts-Klientel rechtspopulistischer Parteien allerdings auf einer diffusen Ebene. Nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse stehen im Mittelpunkt der Kritik, sondern der Unmut darüber, nicht mehr die Rolle in der Gesellschaft zu spielen, die man sich eigentlich ausgesucht und die man von Geburt an mit



AFD-Parteitag in Hamburg

Foto: dpa/Daniel Reinhardt

Hilfe der aufstiegsgewöhnten Eltern eingeübt hatte.

Eine Mischung aus postdemokratischem Unbehagen und Abstiegsängsten kennzeichnet also die unzufriedenen Mittelschichten. Allerdings muss die Orientierung nach rechts nicht automatisch erfolgen; schließlich ist eine reaktionäre Wende in Folge politischen Unmuts und sozialer Bedrohungen kein Naturgesetz. Es ist durchaus möglich, dass die Unzufriedenheit zu einer Linkswende führt, so wie das teilweise in südeuropäischen Ländern zu beobachten ist.

Vor einem anderen sozialen und ökonomischen Hintergrund war vor kurzer Zeit auch in Deutschland noch ein nicht explizit reaktionärer Ausdruck der postdemokratischen Entwicklungen – vielleicht ebenfalls mit Abstiegsängsten verbunden – populär. Im Umfeld der Piratenpartei wurde »Liquid Democracy« gefordert. Nach einigen Aufsehen erregenden Erfolgen auf Länderebene haben sich die Piraten allerdings zerstritten und spielen zum jetzigen Zeitpunkt kaum noch eine Rolle.

In Deutschland dagegen hat es zum einen die Linke aus historischen Gründen schwer, zum anderen hat die nationale und rassistische Wendung von Unzufriedenheit Tradition. Und die AfD verstand es von Anfang an, das postdemokratische Unbehagen der Mittelschicht aufzunehmen. Anstatt in einer eher linken, basisdemokratischen Perspektive eignet sich die Situation eben dazu, in rechtspopulistischer Manier einen Dualismus zwischen »dem Volk« und »den Politikern« aufzubauen.

Ein Dualismus, der die ökonomischen Voraussetzungen der gesellschaftlichen Machtverschiebungen freilich nicht zur Sprache bringt. Diese Form der Gegenüberstellung von »Volk« und »Politik« drückt sich nicht nur in der Forderung nach Volksentscheiden und in der Ablehnung der »Altparteien« aus, sondern selbst im

Parteinamen. So lehnt sich »Alternative für Deutschland« an die inflationäre Verwendung des politischen Schlagworts »alternativlos« an, das Merkel etwa seit dem Jahr 2009 vermehrt verwendet. Bernd Lucke hat diesen Zusammenhang bereits bei seiner Grundsatzrede auf dem AfD-Gründungsparteitag im April 2013 erklärt.

Der AfD geht es – ähnlich wie rechtspopulistischen Parteien in Europa, die in den vergangenen Jahren Erfolge erzielen konnten – freilich nicht um die Realisierung politischer Gleichheit. Horst Kahrs hält dazu fest, dass die AfD erfolgreich eine »populäre Anti-Parteien-Stimmung« bedient: »Die »Altparteien«, die »Sys-

Nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse stehen im Mittelpunkt der Kritik, sondern der Unmut darüber, nicht mehr die Rolle in der Gesellschaft zu spielen, die man von Geburt an mit Hilfe der aufstiegsgewöhnten Eltern eingeübt hatte.

temparteien« seien alle »verfault«, »korrupt«, auf jeden Fall nicht mehr auf der Seite des gesunden bürgerlichen Menschenverstandes.« Die Parteien sollen mit ihrem Gezänk aufhören, stattdessen »soll der Expertenrat verstanden werden, der professorale, der wirtschaftliche, der technologische.«

Der Erfolg der AfD ist aber nicht allein auf die Absorption des postdemokratischen Unbehagens zurückzuführen. Es gelang ihr zudem, an diejenigen Teile der Mittelschicht anzudocken, die sich im Zuge von Abstiegsängsten bereits nach rechts be-

wegten. Schon in den Jahren vor der Gründung der AfD haben Soziologen und Politikwissenschaftler immer wieder konstatiert, dass Autoritarismus und Rassismus weit verbreitet seien und man allgemein von einem Rechtstrend in der Mitte der Gesellschaft sprechen könne.

Eine 2010 veröffentlichte Langzeitstudie machte eine deutliche Zunahme »abwertender, menschenfeindlicher Einstellungen gegenüber verschiedenen schwachen Gruppen« aus, und zwar besonders bei höheren Einkommensgruppen. Das Forscherteam sprach hier von einer »rohen Bürgerlichkeit«. Es gebe »infolge von ökonomischen wie gesellschaftlichen Kriseneffekten deutliche Hinweise auf eine entsicherte wie entkultivierte Bürgerlichkeit«. Dieser »entsicherte« Teil der Mittelklasse richte seine Abwertung vornehmlich auf vermeintlich nutzlose Menschen und sei zudem fortschreitend islamfeindlich.

Zuletzt im November 2014 wies eine Studie von Andreas Zick und Anna Klein nach, dass ein Teil der Mittelschicht einen – wie sie es nennen – marktförmigen Extremismus befürwortet. Darunter fassen sie drei Aspekte: Erstens gebe es eine Art unternehmerischen Universalismus, der die Leistungsideologie verallgemeinert. So stimmen beispielsweise 56 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass Menschen selbst für ihr Scheitern verantwortlich seien, wenn sie einen Mangel an Eigenmotivation haben. Die zweite Dimension ist die Wettbewerbsideologie, nach der gesellschaftlicher Fortschritt zuvorderst durch Konkurrenz und Wettbewerb entstehe. Drittens sind für den marktförmigen Extremismus ökonomistische Grundhaltungen charakteristisch: Ökonomische Kriterien werden zum Maßstab für die Bewertung von Menschen und Bevölkerungsgruppen.

Zwar stimme nur etwa jede sechste Person diesen drei Aspekten in ihrer Gesamtheit zu, interessant ist aber, dass diese Zustimmung doppelt

so häufig bei Personen mit Abstiegsangst diagnostiziert wurde als bei jenen ohne: »Das Gefühl, durch die aktuellen Entwicklungen in Europa etwas verlieren zu können, geht also stark mit marktförmigem Extremismus als Gesamtphänomen einher.« Und weiter: »Die Partei AfD greift das vorhandene wettbewerbspopulistische Potenzial offenbar als politisches Sprachrohr auf und scheint gerade diese ökonomisch menschenfeindliche Verbindung zu kanalisieren. Vor allem hier – bei Personen, die mit den Argumenten der AfD sympathisieren – sind marktförmiger Extremismus und Bedrohungsgefühle besonders stark vertreten.«

Dass ausgerechnet diese Bevölkerungsgruppe sich von der AfD vertreten wähnt, entbehrt nicht der Absurdität, wie David Bebnowski und Lisa Julika Förster in einer im Mai 2014 veröffentlichten Studie treffend konstatieren. Der Erfolg der Partei sei Resultat »der Wettbewerbsintensivierung der letzten Jahrzehnte«. Zum einen knüpft die AfD an den Diskurs der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland an. Politische Maßnahmen wie die Agenda 2010 zur »Flexibilisierung« des deutschen Arbeitsmarktes beschleunigten durch den Ausbau prekärer Beschäftigungsverhältnisse die Erosion der Mittelschicht – und bereiteten im oben beschriebenen Sinne den Boden für die AfD. Die Paradoxie bestehe nun darin, dass die AfD den materiellen Ängsten mit einer weiteren Wettbewerbsintensivierung begegne.

Zusammengefasst lässt sich über den Kern der AfD-Wählerschaft feststellen: Die reale oder eingebildete ökonomische Bedrohung führt bei einem Teil der Mittelschicht zu einer reaktionären Wende. Die Grundhaltung dieser Klientel ist geprägt von Entsolidarisierung, Rassismus und Wohlstandschauvinismus, von Ungleichheits- und Wettbewerbsideologien.



Illustration: 123RF/Vladimir Yudin [M]

Neokonservative Mobilmachung

Die Alternative für Deutschland hat seit ihrer Gründung im Frühjahr 2013 viel diskutierte Erfolge erzielt: Wie ist der schnelle Aufstieg der AfD zu erklären? Wer sind die Akteure und was sind ihre Ziele? Wer wählt und unterstützt die AfD? »Der Aufstieg der AfD. Neokonservative Mobilmachung in Deutschland« geht diesen Fragen nach und analysiert das Bestreben der AfD, das traditionell gespaltene Spektrum rechts von der Union zu einen – denn Rechtskonservative, National-Neoliberale, Rechtspopulisten und Neue Rechte finden hier ihren Platz.



Sebastian Friedrich, Jahrgang 1985, lebt in Berlin, ist Publizist und promoviert derzeit in Bildungswissenschaften zum Arbeitslosigkeitsdiskurs in der Bundesrepublik seit 1949. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören Sozialstaatsdiskurse, Kritische Soziale Arbeit, Migrations- und Rassismuskritik sowie Diskursanalyse. 2013 gab er gemeinsam mit Patrick Schreiner den Sammelband »Nation – Ausgrenzung – Krise. Kritische Perspektiven auf Europa« (edition assemblage) heraus. 2011 erschien von ihm der Sammelband »Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der »Sarrazin-debatte« (edition assemblage).

Foto: nd/Ulli Winkler

»Der Aufstieg der AfD. Neokonservative Mobilmachung in Deutschland« ist bei Bertz+Fischer erschienen, umfasst 112 Seiten und kostet 7,90 Euro. Mehr Infos zum Buch und Bestellmöglichkeiten gibt es unter www.berzt-fischer.de

Bestellen Sie dieses Buch im nd-shop.
Tel 030 2978-1777 Fax +1650
buecherservice@nd-online.de www.nd-shop.de

Bücherservice